

Antrag auf Meinungsbild, bitte den Antrag ändern:

„Der Landesverband (soll) kann im Landtagswahlkampf 2018 die Möglichkeit nutzen, bezahlte Werbung in sozialen Medien zu schalten. Dafür kommen insbesondere Facebook und Twitter in Frage, weitere soziale Medien sind möglich.“

Meinungsbild positiv.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Unterbrechung der LMV um 12.30 Uhr für die Mittagspause.

LMV wird vorgesetzt um 14.03 Uhr mit 20 Akkreditierten.

Antrag: WP 001a Aufhebung von Beschlusslagen

wird von Thomas Ganskow vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 001b Änderungsanträge zum LTW Programm-2 Erweiterung

wird von Thomas Ganskow vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 001c Änderungsanträge zum LTW Programm-3 Überführung in ein Positionspapier

wird von Thomas Ganskow vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 001d Änderungsanträge zum LTW Programm-4 Überführung in das

Grundsatzprogramm

wird von Thomas Ganskow vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 001b Änderungsanträge zum LTW Programm-5 Aktualisierung

wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Antrag auf Meinungsbild: wer würde dem Antrag zustimmen, wenn das Modul E-Zigarette rausgenommen wird? Die Mehrheit ist dafür.

Antrag: den Antrag modular abzustimmen? Angenommen.

Modul: 1 dafür, 2 dafür, 3 dafür, 4 dafür, 5 dafür, 6 (173) dafür, 7 (174) abgelehnt, 8 (3-9) dafür, 9 (333)dafür

Abstimmung: Antrag ist angenommen, ohne das Modul mit der E-Zigarette.

Antrag: WP 002 Internetzugang als Teilhabe

wird von Florian Lang vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 003 Breitbandausbau

wird von Florian Lang vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Text ändern auf: Das Erreichen von mindestens 100 mBit/s muß in ganz Niedersachsen unverzüglich das Ziel sein. Breitband-Internetverbindungen müssen mittels neuer Technologie wie Strom, Straßen, Telefon und andere Infrastruktur flächendeckend verfügbar sein.

Abstimmung: Antrag ist geändert angenommen.

Antrag GP 001: Neues Grundsatzprogramm wird von Meinhard Ramaswamy wird geändert vorgestellt.

Fragen werden gestellt.

Sonntag, 7. Mai 2017

Die LMV 2017.1 möge folgendes Grundsatzprogramm beschließen und die im bisherigen Grundsatzprogramm befindlichen Aussagen als allgemeines Programm beibehalten.

Präambel

Die PIRATEN Niedersachsen treten dafür ein, dass geringstmögliche Herrschaft durch Menschen über Menschen ausgeübt wird und die Entwicklung jedes Einzelnen als Bedingung der Entwicklung aller ermöglicht wird. Jede Art von Herrschaft ist eine gesellschaftliche Delegation, die jederzeit aufgehoben oder zurückgezogen werden kann.

Alle Menschen sind Individuen und vor dem Gesetz gleich. Es darf keine diskriminierende Behandlung geben aufgrund von Zugehörigkeit, Überzeugung, wirtschaftlicher oder sozialer Grundlage.

Die Gesellschaft hat dafür einzustehen, dass alle Menschen eine Lebensgrundlage haben, die ihnen eine freie, persönliche, körperliche, politische und kulturelle Entwicklung ermöglicht. Weder derzeit noch zukünftig darf das Risiko bestehen, dass diese Lebensgrundlagen für die Menschen dieser und anderer Gesellschaften gefährdet werden.

Die Menschenwürde ist unveräußerliche Grundlage jeden politischen Handelns.

Informelle Selbstbestimmung

Alle Menschen haben das unveräußerliche Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Zur informationellen Selbstbestimmung gehört ein umfassender Datenschutz von persönlichen Daten. Öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen unterliegen einem demokratisch installierten Kontrollsystem mit höchstmöglicher Transparenz.

Öffentlich erhobene oder beauftragte Daten sind ein öffentliches Gemeingut.

Gleichheit

Alle Menschen haben das Recht auf Gleichbehandlung.

Es gilt der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit.

Religionsneutralität

Religion ist Privatsache.

Öffentliche Einrichtungen haben als religionsfreier bzw. religionsneutraler Raum zu gelten.

Meinungsfreiheit

Es gilt umfassende Meinungs- und Presse-Freiheit, Freiheit der Wissenschaft, Lehre und Kunst.

Diese findet ihre Grenzen in der Freiheit und Würde der Anderen. Verfassungswidrige und strafwürdige Inhalte sind in im realen und digitalen öffentlichen Raum unzulässig.

Lebensgestaltung

Die Menschen haben das unveräußerliche Recht die Lebensweise und Gemeinschaftsbildung selbst frei zu wählen. Alle Kinder sind gleichberechtigt.

Grenzen findet dieses Recht an der Würde und Freiheit der Anderen.

Bildung

Bildung ist ein Allgemeinrecht. Das Bildungswesen muss so gestaltet werden, dass Allen der prinzipielle Zugang zu allen Bildungswegen offen steht.
Eine Differenzierung nach sozialer Herkunft oder Finanzkraft darf nicht vorgenommen werden.

Versammlungsfreiheit

Alle Menschen dürfen sich frei versammeln, in Räumen oder im Freien.
Dabei sind die Rechte der Anderen bezüglich Würde und Freiheitsrechten zu beachten.

Gemeinschaften

Zweckgesellschaften dürfen frei gebildet werden. Ziel und Zweck dieser Gesellschaften dürfen aber der Würde, der Freiheit und dem Leben anderer nicht entgegenstehen. Wirtschaftliche und soziale Gemeinschaften haben das Recht sich frei zu entwickeln.

Bewegungsfreiheit

Jeder Mensch hat die Freiheit uneingeschränkt an jeden Ort zu reisen und sich den Wohnort frei zu wählen.

Grundeinkommen

Die Gemeinschaft hat für eine auskömmliche ökonomische Basis zu sorgen, dazu sind Produktivitäts- und Transfergewinne abzuschöpfen.

Arbeit

Jeder Mensch darf seinen Arbeitsplatz frei wählen. Niemand darf zu irgendwelcher Arbeit gezwungen werden. Es gibt ein Recht, auf entlohnte Arbeit.

Überwachung

Direkte oder indirekte Überwachung des Lebensraums jedes Menschen ist verboten.
Nur auf richterlichen Beschluss darf es Einschränkungen im persönlichen Bereich geben.

Staatsbürgerschaft

Jeder Mensch hat das Recht nach mehrjährigem, dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland die Staatsangehörigkeit zu beantragen. Verwehrt darf dieses nur werden, wenn strafrechtliche Tatsachen dem entgegenstehen.

Umwelt

Piraten betrachten sich als Teil der Natur. Konsum und Produktion sollen der Erhaltung der Natur verpflichtet sein.

Kostenfreie gerichtliche Überprüfung

Eine Einschränkung von Rechten oder Bestimmungen dürfen jederzeit von Jedem kostenfrei gerichtlich überprüft werden.

Diese Maximen machen uns unbestechlich und fördern selbständiges Denken. Piraten empfinden sich nicht als geschlossene Gruppe, sondern bieten allen die Möglichkeit, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen und sich bei den Entscheidungen einzubringen und mitzuwirken. Piraten wollen eine echte Demokratie von dem Gemeinderat bis zur Landes- und Bundespolitik.

Antrag GP001 als allgemeines Programm: mit 2/3 Mehrheit angenommen um 15.15 Uhr

Antrag: WP 004 Verzicht für Einsatz von Massenüberwachungsmaßnahmen
wird von Thomas Ganskow vorgestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 005 Veröffentlichungspflicht sämtlicher Beschlüsse des Landtages wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 006 Bewährte Ermittlungsmethoden statt Vorverurteilung wird von Thomas Ganskow vorgestellt.
Satz gestrichen: Denn wohin Pre-Cops letztendlich führen, hat „Minority Report“ gezeigt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 007 Transparenz beim Gesamteinkommen öffentlichen Spitzenpersonals wird von Thomas Ganskow vorgestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 008 Reden im Landtag in die Mediathek.
wird von Thomas Ganskow vorgestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 009 Einführung eines Datenbescheides wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.
Abstimmung: Antrag ist zurückgezogen, keiner übernimmt den Antrag.

Antrag: WP 010 Stärkung der Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit von Redakteuren gegenüber ihren Verlagen und Sendern.
wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 011 Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft in Niedersachsen sicherstellen.
wird von Annetten Berndt vorgestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 012 Öffentlichkeit der Mediengremien herstellen.
wird von Thomas Ganskow vorgestellt.
Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 013 Verbindliches Angebot „Werte und Normen“ einrichten, „Humanistische Lebenskunde“ als Alternative zum Religionsunterricht wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.
Antrag auf Meinungsbild: wer würde diesem Antrag so zustimmen? Ergebnis= Antrag wäre abgelehnt worden.
Antrag wurde zurückgezogen.
Pause bis 16.15 Uhr

GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung Feststellung der Beschlußfähigkeit und Ende der Versammlung. Antrag ist abgelehnt.
GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung Ende des LMV um 17.00 Uhr Antrag angenommen.

Antrag: WP 014 Erste Hilfe als Bestandteil schulischer Bildung wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.
Antrag auf Meinungsbild: wer würde diesem Antrag so zustimmen? Ergebnis= Antrag wäre

angenommen worden.

Änderung des Textes „Die Piratenpartei setzt sich für die **altersgemäße** Erste-Hilfe-Ausbildung als integralen Bestandteil der allgemeinen Schulbildung aus.“

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 016 Transparenz beim Sponsoring bei öffentlich-rechtlichen Sendern wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 017 Transparenz beim Abstimmungsverhalten im Landtag sicherstellen. wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 018a Wissenschaftlich begleiteter Modellversuch zur Einführung eines BGE wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Antrag auf Meinungsbild: Text ändern in „ausgewählte Regionen“ in ganz Niedersachsen ist abgelehnt worden.

Abstimmung: Antrag ist angenommen.

Antrag: WP 018b Elemente eines wissenschaftlich begleiteten Modellversuch zur Einführung eines BGE

wird von Thomas Ganskow vorgestellt. Fragen werden gestellt.

Änderungen in Modul 3=

Mindestens zwei der festzulegenden Regionen sollen in Sachen struktureller Arbeitslosigkeit, Armutsrisiko, Verschuldungsquote der öffentlichen Hand und weiterer im Beratungsprozess zu definierender Kriterien diametral verschieden sein, um eine Auswertung der Zahlungswirkung anhand der Extreme vornehmen zu können. **Mindestens** eine weitere Kontrollregion, die dem statistischen Durchschnitt entspricht, ist denkbar. In jedem der Gebiete sind wenigstens 1000 Personen zur Teilnahme aufgerufen.

Antrag wird zunächst Modulweise abgestimmt:

Modul 1=ist angenommen

Modul 2=ist angenommen

Modul 3=ist angenommen

Modul 4=ist angenommen

Abstimmung: Antrag ist angenommen

Ende der Versammlung ist 16.50 Uhr

Protokollführerin Christine Bachmann

Christine Bachmann, Nienburg 7.5.17

Florian Lang, Nienburg 7.5.17